

An alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien

13. August 2021

Offener Brief und Einladung an alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu einem Runden Tisch zur Erarbeitung von verbindlichen Regelungen zur freiwilligen Selbstbeschränkung für politische und insbesondere Partei-Kampagnen im Bereich der Außenwerbung

Konzernzentrale

Ströer SE & Co. KGaA

Ströer-Allee 1

50999 Köln

02236 96 45-0

Telefon

02236 96 45-299

Fax

Sehr geehrte Damen und Herren,

aktuell führen die Plakate zu ‚#GrünerMist‘ zu Irritationen und einem Klima in der politischen Auseinandersetzung, das uns – auch wenn das nicht unsere Kernfunktion als neutrale Kommunikations-Plattform ist – große Sorgen bereitet.

Als neutrale Kommunikations-Plattform prüfen wir alle Inhalte durch speziell dafür geschulte Juristinnen und Juristen auf Einhaltung der vom Gesetzgeber festgelegten rechtlichen Rahmenbedingungen. Darüber hinaus nehmen wir keinerlei Zensur vor, und für die Inhalte auf analogen und digitalen Außenwerbeflächen sind einzig die Absender der jeweiligen Botschaften verantwortlich.

Wir sind persönlich sehr betroffen von dem Ausmaß der Anfeindungen gegen unser Unternehmen und unsere Mitarbeiter:innen und dass einzelne Beteiligte versuchen, uns in die Verantwortung dafür zu nehmen, was Dritte, in diesem Fall der politische Gegner, bei uns als neutraler Plattform platzieren.

Presse- und Meinungsfreiheit sind für uns ein zentraler Eckpfeiler unserer demokratischen Grundordnung und deshalb auch prominent im Grundgesetz verankert.

Wir sehen uns absoluter inhaltlicher Neutralität verpflichtet und ziehen daher eine klare Grenze. Nicht unsere eigene, sondern die Grenze, die der Gesetzgeber definiert.

Nach der vor einigen Wochen ausgehängten „bundestag-nazifrei.de“-Kampagne, die gegen die AFD platziert wurde, ist die ‚#GrünerMist‘-Kampagne gegen Die Grünen nun der zweite Fall in kurzer Zeit, in dem unsere Mitarbeiter:innen und unser Unternehmen öffentlich vom jeweiligen politischen Widersacher angegriffen werden.

Daher möchten wir mit der Einladung zum Runden Tisch mit den im Bundestag vertretenen Parteien in einen Dialog treten und weitere Maßnahmen diskutieren: Welche Regeln sollen für politische Kommunikation und insbesondere Parteiwerbung im Außenwerbebereich in der Zukunft gelten?

Es muss ein klares Regelwerk geben und das kann z.B. bedeuten, dass wir politische Kommunikation bzw. Kampagnen nur noch von Parteien (und keinen anderen Firmen, Verlagen oder Organisationen/Initiativen) annehmen und dass nur die Kampagnen zum Aushang gebracht werden, die für die Argumente und Positionen der eigenen Partei werben, nicht aber gegen die politische Konkurrenz.

Wir werden uns den Regeln dann freiwillig und konsequent unterwerfen und die entsprechende Umsetzung sicherstellen – und zwar über alle Parteien hinweg. Wir hoffen auf konstruktive Gespräche und darauf, dass wir damit auch einen Impuls und Beitrag für eine andere Form und vor allem eine konstruktivere Art und Weise der politischen Diskussion leisten.

Wir werden in den nächsten Tagen dazu auf die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zugehen, um einen Termin zu definieren und wollen gleichzeitig auch anerkannte rechtliche und/oder politikwissenschaftliche Expertise mit an den Tisch bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Udo Müller
(Co-CEO)

Christian Schmalzl
(Co-CEO)